

für Halle vierteljährlich bei postmöglicher Anfertigung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Verlagsstellen angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Für unterlagene eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur mit Cautionsgabe: „Saale-Zeitung“ gefälligst.

Herausgeber der Redaktion Nr. 140; Dr. Rosenmund-Abteilung Nr. 1133.

Saale-Zeitung.

Sechszwanzigster Jahrgang.

Werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg. in der ersten Spalte mit 20 Pfg. berechnet und in der Schlusszeile, Gr. Ulrichstraße 63, 1 sowie von unseren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Retaken die Zeile 75 Pfg. für Halle und umwärts 1 Pfg.

Erträumt täglich zweimal, Sonntag und Montag einmal.

Redaktion und Haupt-Verlagsstelle: Halle, Gr. Braunschweigstraße 17; Telephon-Nr. 24. Anzeigen-Verlagsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, 1; Telephon Nr. 591 u. 176.

Nr. 105.

Halle a. S., Freitag, den 4. März.

1910.

Die Freifahrt der Landtagsabgeordneten.

(Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter.)
D. Berlin, 3. März 1910.

Dem Hause der Abgeordneten ist ein von allen Parteien unterzeichnetener Antrag zugegangen, der folgenden Wortlaut hat:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, den Mitgliedern des Hauses der Abgeordneten für die Dauer der jedesmaligen Session eine Fahrkarte zur freien Fahrt in beliebiger Wagenklasse auf den preussisch-preussischen Staatsbahnen zwischen Berlin einerseits und dem Wohnorte andererseits zu gewähren, welche jedem Mitgliede bei seiner Anmeldung im Hause auszubändigen und von ihm nach Schluß der Session vor der Abreise zurückzugeben ist.

In Bürgerkreisen ist allgemein die Ansicht verbreitet, daß ebenso wie den Mitgliedern des Reichstages auch denen des Landtages Freifahrt zubilligt ist. Auffallend ist der Unterschied allerdings. Man sollte meinen, was jenen recht ist, sollte auch diesen billig sein. In der preussischen Verfassung steht, daß dem Abgeordneten Diäten zufließen und Reisekosten bei Beginn und Schluß der Session von seinem Wohnorte nach Berlin und zurück. Selbst wenn man den unbilligsten Grundgedanken proklamieren wollte, der Abgeordnete brauche während der Dauer der Session nicht nach seiner Heimat zu reisen, wird zugegeben werden müssen, daß mindestens während der parlamentarischen Ferien daran nicht festgehalten ist.

Die dem Abgeordneten zugewilligten Diäten betragen pro Tag 15 Mark. Der Satz, vor 60 Jahren festgesetzt, ist entschieden nicht zu hoch. Alle größeren Bundesstaaten normieren auch höhere Beträge, so z. B. Baden neuerdings erst 2000 Mark für jeden Abgeordneten. Böllig unzureichend erscheint aber der den preussischen Abgeordneten zugewilligte Betrag, wenn beachtet wird, daß ein großer Teil der Diäten für die Reisen zwischen Berlin und dem Wohnorte des Abgeordneten verbraucht wird. Wo oft ist der Abgeordnete, ganz abgesehen von persönlichen Angelegenheiten, gezwungen, zwecks Teilnahme an Konferenzen, Versammlungen usw. von Berlin nach seinem Wahlkreise fahren zu müssen! Hat der Abgeordnete nicht in Berlin seinen Wohnsitz, so wird er geneigt sein, diese Reisen schon mit Mühsal auf deren Kostspieligkeit zu beschließen. Ob dies gerade im besonderen Interesse des Landes liegt, muß füglich bezweifelt werden.

Alle Bundesstaaten innerhalb Deutschlands, soweit sie im Besitze von eigenen Eisenbahnen sind, gewähren den Abgeordneten freie Fahrt auf ihren Linien. Einige Staaten haben die Berechtigung zur Freifahrt auf alle Strecken des Landes ausgedehnt, so das liberale Württemberg und Baden. Jede Tage vor Beginn bis acht Tage nach Schluß des Landtages hat jeder Abgeordnete das Recht, die sämtlichen Staatsbahnen frei zu benutzen zu können. In Preußen sind ja wiederholt Anträge auf Freifahrt eingebracht worden, die Staatsregierung hat den Beschlüssen des Hauses jedoch keine Folge gegeben. Bei der diesjährigen Etatsberatung bemerkte der nationalliberale Abgeordnete Friedberg, es sei höchst bedauerlich, daß die Staatsregierung so wenig entgegenkommend sei, trotzdem der Landtag einmütig das Einkommen der Herren Minister nicht unbedeutend erhöht habe. Herr v. Rheinbaben ging auf diese Anspornung nicht ein. Der vorliegende Antrag verlangt ja nicht viel; von der weitergehenden Forderung, Freifahrt auf allen Strecken zu verlangen, ist abgesehen worden, weil man dafür keine Zustimmung bei der Regierung finden würde, obgleich eine derartige Forderung an sich durchaus berechtigt wäre. In der Begründung zu den Freifahrten der Abgeordneten anderer Staaten findet sich vielfach der Satz, die Freifahrt sollte auf allen Linien ausgedehnt werden, damit den Volkswörtern Gelegenheit gegeben werde, sich leicht auch über die Verhältnisse anderer Gegenden informieren zu können, und dies um so mehr, da ja der Abgeordnete nicht nur der Vertreter seines Wahlkreises, sondern des ganzen Volkes sei. Zu solchen Anschauungen kann sich aber die preussische Bureaucratie nicht hindurchbringen. Immerhin wäre schon für viele Abgeordnete eine bedeutende Ersleichterung geschaffen, wenn der Antrag in der vorliegenden Fassung Gesetz würde.

Freilich verlaute gerüchtmäßig, in diesem Falle wolle die Regierung die Diäten wie im Reichstage regeln. Befanntlich werden den Reichsboten für jede Sitzung, der sie nicht betwohnen, 20 Mark abgezogen. An sich kann man es wohl berechtigt finden, wenn die Sitzungstage wenigstens etwas befristet werden. Auch im Landtage gibt es vornehmlich bei den Parteien der Rechten viele Volkswörter, die hier gar nicht, oder äußerst selten leben lassen. Diesen Herren kann es natürlich durchaus nichts

schaden, wenn ihnen die Tagegelder entzogen werden. Es bleibt ja sehr bedauerlich, daß es überhaupt „Volkswörter“ gibt, die eine so laze Auffassung von ihren Pflichten haben. Das direkte und geheime Wahlrecht würde auch hier mit manchem waderen Volkswortler aufzuräumen. Aber etwas anders ist es, ob es nicht geradezu deprimierend wirken muß, wenn der Abgeordnete wie ein Schulbube kontrolliert wird, ob er an einer Sitzung teilgenommen hat oder nicht. Mir scheint, daß die eigenen Wähler hier eine schärfere Kontrolle ausüben könnten, wenn sie den Abgeordneten, der seine Pflichten nicht ernst nimmt, einfach nicht wieder wählten. Die Regierung würde bei Einführung der Freifahrtseine und der Anwesenheitsgelder entschieden noch eine Erparnis erzielen; daneben aber viele Abgeordnete durch Gewährung freier Fahrt einen wesentlichen Dienst leisten und die Aktionsfähigkeit des Parlaments erheblich steigern.

Deutscher Reichstag.

47. Sitzung vom 3. März, 1 Uhr.

Die Beratung des

Stats des Reichsamt des Innern

wird fortgesetzt beim Kapitel Behörden für Unterfischung von Seemännern.

Abg. Schwarz-Ribbed (Soz.)

bedauert, daß gelehrt die zum Staatssekretariat gestellt gewesene sozialdemokratische Resolution — betr. Revision der Seemannsordnung, Arierklärung des gesamten Schiffsahrtsbetriebes unter staatliche Aufsicht unter Mitwirkung von Seefahrern aus dem Seemannsamt, Errichtung eines Reichsahrtsamtes mit zweckentsprechenden Befähigungen usw. — abgelehnt worden sei, und legt die Notwendigkeit derartiger Maßnahmen dar unter Hinweis auf die vielen Seemänner. Eine ähnliche Resolution, allerdings nicht so detailliert, habe der Reichstag überdies schon im Vorjahre, noch dazu einmütig, angenommen. Redner ist bei der Antrags im Laufe im einzelnen kaum zu verstehen. Die Fortsetzung eines Reichsahrtsamtes werde immer wiederkehren, solange bis sie erfüllt sei. Der Nordde. Lloyd habe ja seinen Offizieren formell Anweisung gegeben, vorsichtig zu fahren. Freilich sei nicht nachzuweisen, daß ein Offizier, wenn er langsamer gefahren sei — bei unsichrigem Wetter — als der Redner lieb sei, deshalb die Entlassung erhalten habe. Aber der Offizier werde von vornherein, um nicht etwa in eine schlechtere Stelle zu kommen, den Wünschen des Redners nach möglichst schnellem Fahren zu entsprechen beehrt sein. § 8 der Seemannsordnung verleihe zwar eine Unterordnung eines Schiffes auf seine Seetüchtigkeit auf Seefahrer zu, aber er helfe nicht viel anfangs des § 108, der anzuwendende aber auch nur fahrlässige Seefahrer über Seemännlichkeit unter Strafe stellt. Dieser Paragraph habe oft auch von berechtigten Seefahrern ab.

Geh. Rat Gnauld

stellt gegenüber dem Vorredner fest, wie ungenieß die Zahl der Schiffsunfälle und der damit verbundenen Todesfälle abgenommen habe: Die der Unfälle von über 3400 im Jahre 1905 auf 3100 im Jahre 1909, und die der Todesfälle von 479 in 1905 auf nur 260 im Jahre 1909. Inlere Schiffslabelliste, die der Vorredner demgemäß habe, gelte auch in England. Und für die französische Seefahrt gelte gerade die deutsche in zahlreichen Punkten nordwärts gewesen. Das habe die französische Regierung bei einer internationalen Konferenz im Vorjahre ausdrücklich anerkannt. Inlere Seefahrer denken auch nicht daran, wertvolles Schiffsmaterial durch Rettungen zu gefährden. Die Zeitungsmeldungen darüber seien oft ungenügend aufgebauscht. Infolge sei auch, daß Offiziere, die bei Nebel nicht in vorgeschriebener Weise langsame fahren, schwer bestraft wurden. Sehr man, wie herabmindernd die Seefahrerunsicherheit auf die Zahl der Unfälle gerichtet habe, so liege die Notwendigkeit zu einer Entschärfung ihrerlich nicht vor. Die Kontrolle der Seefahrerunsicherheit sei so gründlich wie nur möglich. Die Kontrollen seien auch durchaus unabhängig von den Rednern; ihre Zahl habe sehr zugenommen.

Abg. Seiffner (Ztr.)

Die Seefahrerunsicherheit wartet ausgezeichnet ihres Amtes. Richtig ist, daß eine englische Charterfirma an den Kapitän der „Hermine“ mit der spanischen Anforderung herangezogen, das Schiff auf den Strand zu setzen. In einer darüber entstandenen Nebenuntersuchung ist aber der Kapitän absolut gerechtfertigt aus jeder Sache herangezogen. Zu bedauern ist nur, daß der Kapitän gegen den Engländer nicht gleich energischer vorgegangen ist. Er hätte gar nicht mit ihm verhandelt, sondern ihn gleich über Bord werfen sollen. (Heiterkeit.) Unbegreiflich ist, wie ein so alter Seefahrer wie Kollege Schwarz sagen konnte: Die Matrosen arbeiten und die Offiziere tun nichts! Wäre hier die Zeit nicht so knapp, würde ich ihm vorführen, wie schwer Kapitän und Offiziere in schwerstem Sturm auf der Kommandobrücke ausfallen. (Beifall.)

Beim Kapitel Statistisches Amt plädiert

Abg. Dahlem (Ztr.)

für Sonntagsruhe für die binnenländische Schiffsahrtsbevollmächtigung.

Abg. Dose (fr. Vgg.)

Zahlen beweisen nicht immer. Namentlich aber sollte man mit Schlussfolgerungen aus Zahlen, aus Statistiken, vorsichtig sein. Das hat sich namentlich gezeigt bei den Schlussfolgerungen, die man bei dem ersten Erscheinen der Ausfuhrstatistik pro 1909 gezogen hat. Man luste da in seiner Denkschrift besonders zu beweisen, daß unsere Ausfuhrstatistik für die Länder, mit denen wir keine Handelsverträge haben, relativ günstiger sei, als für

die Länder mit Handelsverträgen. Aber die Argumentierung war dabei eine sehr mangelhafte, wie Redner näher darlegt. Münchenswert sei eine Vereinfachung mit den Nachbarnstaaten über gewisse gemeinsame Grundzüge für Aufstellung der Handelsstatistik. Schon so vieles sei international geregelt worden, auch gerade hier würde sich das lohnen. Unerlässlich sei ferner, neue Anordnungen über die Wertberednung bei der Wertstatistik in Ein- und Ausfuhr nicht sofort in Kraft zu legen, sondern ein Spatium zu lassen, damit die Beteiligten nicht zu sehr belästigt werden.

Staatssekretär Delbrück:

Ich bin im allgemeinen mit dem Vorredner einig, auch in bezug auf die notwendige Vorsicht bei Schlussfolgerungen aus Zahlen. Die von ihm erwähnte Denkschrift war eigentlich nur für den inneren Dienst bestimmt, nicht für die Öffentlichkeit. Es sollte mit der Öffentlichkeit nichts bemerkt werden zugunsten der Wirkung dieser oder jener Handelsverträge. Seine Beschwärze über die Wertberednung war aber eigentlich in der Hauptsache schon erledigt, denn es hand schon vorher fest, daß die betr. Beschwärze die Anordnung mißverstanden hatte. Eine internationale Einigung über Grundzüge der Statistik ist schwierig, denn es geht ja jedes Land dabei von seinem eigenen Zolltarif als Grundlage aus. Die Mängel unserer Statistik luden wir ständig zu verringern. Ein Mangel, dem schwer abzugeben ist, liegt darin, daß es schwierig ist, die Kapitals-Produktion und die Güter-Produktion im Innern statistisch zu erfassen.

Abg. Baßermann (ntl.)

Nach den Erhebungen des statistischen Amtes über die Verhältnisse in der Binnenfahrtsahrt findet eine Abnahme der Arbeiter aus der Schifffahrt in die Industrie statt, weil die Verhältnisse in der Schifffahrt immer schwerer werden. Darum haben die Schiffer den bringen Wunsch nach gleichzeitiger Freilegung von Nacht- und Sonntagsruhe. Ich kann dies nur bekräftigen. (Beifall.)

Staatssekretär Delbrück:

In dieser Sache steht noch ein Gutachten des Reichsgesundheitsamtes aus. Sobald dies vorliegt, werden wir in den Beratungen auf gleichzeitige Freilegung der Sonntags- und Nachtruhe in der Schifffahrt fortfahren.

Abg. Breen (Soz.)

bespricht die Arbeiterverhältnisse in der chemischen Industrie, besonders in den Eisenerzfabriken. Er begründet eine Resolution auf Unterordnung der Arbeiterverhältnisse in den Betrieben, die Säuren und Teerfarben herstellen.

Abg. Dr. Hoffender (Ztr.)

verlangt eine Statistik über das Gesundheitswesen.

Abg. Golke (fr. Vgg.)

bittet, bei den Vorarbeiten zur Einführung der Sonntags- und Nachtruhe in der Binnenfahrtsahrt auch die Arbeitnehmer zu hören.

Abg. Begler (Soz.)

fordert ebenfalls einen Gesundheitsbericht und eine Verbesserung der Statistik.

Eine Zentrumsresolution, die eine Verbesserung der Statistik verlangt, wird angenommen, ebenso durch Zusätze erweitert eine sozialdemokratische, die sich schon gegen die bisherige amtliche Statistik ausdrückt. Eine weitere sozialdemokratische Resolution über die Arbeiterverhältnisse in den gefährlichen Betrieben wird abgelehnt.

Zum Kapitel „Reichsgesundheitsamt“ liegt eine konservative Resolution gegen den Mißbrauch narkotischer Arzneimittel vor, ferner eine Zentrumresolution, die ein Reichsgesundheitsgesetz fordert, ein nationalliberaler Antrag, der zur Erhebung über die Wohnungsverhältnisse verlangt und ein Antrag der Rechten und der bürgerlichen Linken auf Einstellung von Mitteln zur Erforschung und Beseitigung des Alkoholismus.

Der Abg. Dr. Jäger (Ztr.) und Dr. Jund (ntl.) begründen die Anträge ihrer Partei über die Wohnungsverhältnisse.

Staatssekretär Dr. Delbrück

erklärt, daß er die Bedeutung der Wohnungsverhältnisse nicht unterschätze, daß die Frage aber durch die Kommunen gelöst werden müsse. Ein Reichsgesetz würde vielen Schwierigkeiten begegnen. Es würde auch starke Eingriffe in die Baupolizei der einzelnen Städte und in die persönliche Freiheit des Einzelnen mit sich bringen. Die gemeinnützigen Vereine sollten bei der Errichtung von Kleinwohnungen vorbildlich wirken. Der Zeitpunkt zu einer reichsgesetzlichen Regelung ist noch nicht gekommen. Ich werde die Sachen aufmerksam weiter verfolgen. (Beifall.)

Abg. Gleitsmann (Ztr.)

weist auf das Wohnungswesen in den Großstädten hin.

Abg. Robelt (ntl.)

spricht über die Konzentrierung von Fleisch und fordert, daß nur die schädlichen Konzentrierungsmittel verboten werden. Der Redner empfiehlt einen Gesundheitsrat aus Vertretern des Handels, des Gewerbes, der Industrie und aus Ärzten gebildet, der die grundlegenden Bestimmungen in dieser Frage zu treffen hätte.

Abg. Baumann (Ztr.)

spricht über Weinabgaben und schlägt eine Reichszentrale für Weinkontrolle vor.

Geh. Rat Fr. v. Stein:

Durch das Weingesetz wird eine gute Kontrolle gewährleistet, die aber der alljährlichen Weindebatte sollte daher als erledigt gelten.

Abg. Dr. Hähle (Konf.)

fordert, daß die Einfuhr aus dem Auslande nicht etwa durch Abschwächung der Bestimmungen begünstigt wird.

Abg. Lehmann (Soz.)

spricht über Kleiverstümmelungen. Das Haus vertagt bis Weiterberatung Freitag 1 Uhr. Schluß 7 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Der deutsch-kanadische Wirtschaftsverein

Die unter dem Vorsitz des Reichstagsabg. Dr. Stresemann in Berlin seine Generalversammlung abgehaltene Handelsprovision mit den Vereinigten Staaten von Kanada wurde allgemein als Grundlage für einen später abzuschließenden Handelsvertrag begrüßt, jedoch hervorgehoben, daß namhafte Industriemänner durch die Differenzierung gegenüber Frankreich, das wie vor in ihren Geschäftsbeziehungen mit Kanada schwer benachteiligt werden. Von allen Seiten wurde betont, daß die von dem Verein veranlaßte Studienreise der Herren Dr. Reiffers und Dr. Blafeske wesentlich dazu beitragen habe, auch in Kanada die Stimmung für Herbeiführung geregelter Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern günstiger zu gestalten.

Der Verein beschloß, die Vorarbeiten für einen künftigen Handelsvertrag mit Kanada in die Hand zu nehmen und an alle Interessenten heranzutreten, um sie innerhalb des Vereins noch mehr als bisher zur Wahrnehmung ihrer Interessen zu vereinigen. In den Vorstand des Vereins wurde wieder bezw. neugewählt die Herren: Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann (Dresden) als Vorsitzender, Direktor Dr. Eder (Hamburg-Adelsdorf, Hamburg) als stellvertretender Vorsitzender, ferner die Herren Direktor Eder (Hamburg), Dr. Hansloß (Hamburg), Hermann Sedt (Berlin), Direktor Herz (Köln), E. de Lanoy (Hamburg), Walter v. Schöven (Krefeld), Dr. Max Schmidt (Wetzlar).

Zur deutsch-englischen Verständigung.

Am 26. Februar fand in Berlin eine Sitzung des Verwaltungsausschusses des deutsch-englischen Verständigungsausschusses unter dem Vorsitz des Generalsuperintendenten D. Faber und daran anschließend die Mitgliederversammlung fast. Der bisherige Vorstand wurde durch Zuwahl des Professors der englischen Philologie aus der Universität München, Sieper, und des Reichstagsabgeordneten Krauder ergänzt. Der Vizepräsident, Eduard de Crauville-Franfurt a. M., berichtete über die Tätigkeit des Komitees im verflochtenen Jahre, die von dem Schatzmeister, Oberbürgermeister Lübbe-Somberg u. d. Höhe, vorgetragene Jahresrechnung wurde genehmigt. Unter anderem gelangte ein Antrag auf Herbeiführung der Freierbeziehungen zur Annahme, welcher mit Rücksicht auf die hervorragende Bedeutung der Presse für die Gestaltung der internationalen Beziehungen im allgemeinen und der deutsch-englischen im besonderen zur Befestigung der herangezogenen Mithstände beizutragen bestimmt und vorzuziehen, zu dem Besuche im Einklange mit gleichartigen Bestrebungen der Presse an geeigneter Stelle Fühlung zu nehmen. Ferner wurde beschloffen, die Errichtung eines deutsch-englischen Korrespondenzbüros in Angriff zu nehmen und zur Erledigung der nähesten Vorarbeiten eine Kommission einzusetzen. Durch Vereinfachung der Verwaltung frei werdende Mittel sollen hauptsächlich für publizistische und literarische Zwecke verwendet werden, um mehr als bisher aufklärend auf die öffentliche Meinung einzuwirken.

„Die Landräte betreiben keine Parteipolitik.“

Eine neue Klärung zur diesbezüglichen Behauptung des preussischen Ministerpräsidenten bringt die „Strehlener Neue Zeitung“. Es heißt dort:

„In Preußen sind in Schloßen existierende drei Wähler: ein „Kreisblatt“, das selbstverständlich konfessionell sein muß, eine „Strehlener Zeitung“, die seit langen Jahren konfessionell war, und eine „Strehlener Neue Zeitung“, die mittelständisch und arbeitervreundlich sowie fortgeschritten ist. Als die „Strehlener Zeitung“ innerhalb sechs Jahren zum viermaligen Wechsel, Decker und Redakteur in einer Person wechselte, glaubte der jetzige Besitzer, das Blatt „volkstümlicher“ resp. liberaler machen zu müssen, um dieselbe erfindungsfähiger zu machen. Nach nur etlichen Anläufen hierzu bekam der Verleger der „Strehlener Zeitung“ die Aufforderung, bei dem holl. Landrat des Kreises Strehlen, Herrn v. Lüden, erschienen zu wollen. Dem Verleger wurde hierbei von Herrn v. Lüden nahegelegt, daß er (der Verleger) liberale Artikel und Anschauungen in seinem Blatt unterdrücken und sich dafür möglichst nur an konfessionelle Artikel und Ansichten halten möge.“

Ein zweites Beispiel! Der letzte Nummer des „Steinauer Kreisblattes“ ist eine Extrablatt beigegeben. Was enthält die Beilage wohl? Eine Aufklärung im Interesse des Kreises, eine wissenschaftliche oder unterhaltende, der Bildung dienende Abhandlung? Nein! Es enthält die Rede des konfessionellen Abg. v. Richthofen-Mertzig über die Wahlrechtsreform, gehalten in der 18. Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses am 10. Febr. 1910“. Der Herausgeber ist der Hauptverein der Deutsch-Konfessionellen in Berlin!

Parlamentarisches.

Aus der Wahlrechtskommission.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Die Wahlrechtskommission hat bei der heutigen zweiten Sitzung an den Beschloffen der ersten Sitzung im wesentlichen beigefügt. Es soll also bei der indirekten und geheimen Wahl verbleiben. Auch die Drittelung in den Einzelbezirken soll beibehalten bleiben. Nur sollen die Wahlmänner nicht mehr wie bisher in den Urwahlbezirken wohnhaft sein müssen, sondern nur in der Gemeinde. Auch soll den Urwählern, die zur Staatseinkommenssteuer überaupt nicht veranlagt sind, nicht mehr ein Betrag von 3 Mark, sondern von 4 Mark anzurechnen werden.

Man darf wohl annehmen, daß den Nationalliberalen die Gesetzesvorlage in dieser Form unannehmlich ist. Die Auffassung von Wahlmännern auf dem Lande wird nach wie vor den größten Schwierigkeiten begegnen, wenn nicht alle Wähler des ganzen Wahlkreises als Wahlmänner vorgeschlagen werden können. Da nun die Staatsregierung dem Vernehmen nach das Gesetz

nicht mit den Konfessionellen und dem Zentrum allein machen will, so ist hoffentlich das Schicksal der ganzen unglücklichen Vorlage besiegelt.

Der Seniorentenont des Reichstags trat gestern vor Beginn der Plenarsitzung zusammen, um sich über die Geschäftslage und die Fertigstellung des Etats zu verständigen. Es stehen noch 15 Tage hierfür bis Ostern zur Verfügung, wenn bis zum 19. März einseitig getagt wird. Man will versuchen, auf Grund der Konzentrierung bis dahin fertig zu werden; wenn es nicht anders geht, muß nach am Montag und Dienstag der Rat noch gelangt werden. Konzentrierung hat man einseitig folgen lassen: Das Reichsamt des Innern soll heute erledigt werden, dann drei Tage für Marine und Kaufmann, drei Tage für den Postamt, ein Tag für die Reichsbahn, drei Tage, den 14., 15. und 16. März, für den Etat des Reichsanwalter und das Auswärtige Amt, und dann noch einen Tag für den Etat des Reichsjustiz, Zölle, Finanzverwaltung, allgemeinen Vermögensfonds und Reichsanwalter. Dann würde die dritte Lesung des Etats in zwei Tagen, am 18. und 19. März erledigt werden. Die Dispositionen sollen bis zum 12. April dauern. Man rechnet damit, daß der Schluß aber vielmehr die Vertagung des Reichstags zu Simeleffahrt eintritten wird.

Die verstärkte Geschäftsordnungskommission des Reichstags nahm gestern unter Ablehnung eines Amendements der Konfessionellen und der Reichspartei der die Geschäftsordnung in einer von Dr. Jank (Nik.) und Dr. Müller-Meinungen gemeinsam beantragten Fassung an. Danach findet in jeder Woche eine Sitzung statt, in welcher an erster Stelle die von Mitgliedern des Reichstags gestellten Initiativträge erledigt werden — der Donnerstag. Eine Abweichung von dieser Regel ist nicht zulässig, wenn 15 Mitglieder widersprechen. Bisher wurde das Ergebnis der Verhandlungen des Seniorentenonts geregelt, und es haben bekanntlich in den letzten Jahren nur wenig Schwerinstage stattgefunden. Es verbleibt bei der Bestimmung, wonach die Initiativträge in der Reihenfolge zur Verhandlung kommen, in der sie eingegangen sind, und daß alle Anträge, die innerhalb der ersten zehn Tage einer Session eingegangen sind, als gleichmäßig erledigt werden. Weiter der Reihenfolge der Vertagung und der Reihenfolge der Anträge, die der Reichstagsrat mit dem Hause zu verständigen; erfolgt eine Verständigung nicht, so entscheidet das Los. Gehehentlich erhalten ihre Priorität bis zu ihrer Schlussberatung, die zweite und dritte Beratung hat nicht, sofern sie zur Verhandlung im Plenum vorbereitet ist, vor denjenigen Anträgen stattzufinden, welche in der Reihenfolge der ersten Beratung diesen Gehehentlichkeiten nachgekommen haben. Eine Entzerrung von der Stelle der Tagesordnung, welche den von Mitgliedern des Reichstags gestellten Anträgen nach der Priorität gebührt, ist nicht zulässig, wenn der Antragsteller widerspricht. Anzueh können, und zwar auf Beschluß einer Zweidrittelmehrheit, Anträge von Mitgliedern des Reichstags für eine andere Sitzung als die einmal festgesetzte Schwerinstage auch in Abweichung von dieser Reihenfolge auf die Tagesordnung gesetzt werden. Diese Bestimmung ist neu.

Parteinachrichten.

Die Berliner Polizei zu den neugeplanten Massendemonstrationen.

„Nach dem Frankfurter Muster hätte auch die Berliner Sozialdemokratie die Massendemonstrationen unter freiem Himmel geplant, die am nächsten Sonntag stattfinden sollten. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, haben die Verhandlungen dazu folgenden Verlauf genommen:

Die „Leiter der organisierten Berliner Arbeiterbewegung“ hatten beim Polizeipräsidenten die Forderung gestellt, daß der Berliner Arbeiter die Abhaltung einer solchen Versammlung gestattet werde, und zwar im Treptower Park. Der Polizeipräsident habe dieses Ansuchen abgelehnt. Darauf hätten sich die Genossen Borsmann und Ernst zum Oberbürgermeister Richter begeben, der bereit gewesen sei, ihnen vorbehaltlich der Zustimmung des Magistrats den Treptower Park zur Verfügung zu stellen. Dagegen habe der Berliner Polizeipräsident das Ersuchen abgelehnt. Darauf habe sich die Deputation zum Minister v. Nolde begeben, der erklärt habe, er könne sich nicht in die örtlichen Angelegenheiten des Polizeipräsidenten mischen, da er die lokalen Verhältnisse nicht übersehen könne und, falls er den Polizeipräsidenten beaunortete, damit eine Verantwortlichkeit übernehme, die er nicht zu übernehmen vermöge. Zudem könnten ihre Verhältnisse für die organisierten Parteigenossen einsehen, nicht aber für den Anhang, der sich oft bei solchen Kundgebungen einfindet. Nachträglich sei dem Genossen Ernst noch folgende schriftliche Antwort des Polizeipräsidenten zugegangen: „Der Polizeipräsident, Berlin, den 1. März 1910. Dem heute mündlich gestellten Antrag auf Genehmigung der Veranstaltung öffentlicher Aufzüge und der Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel innerhalb Berlins am Sonntag, den 6. März d. J., kann ich nicht entsprechen. Am 13. Februar d. J. haben 100 000 — nach Schätzung des Vorwärts 200 000 — Menschen in Berlin auf öffentlichen Straßen Aufzüge veranstaltet. Für diese war eine Genehmigung der Polizeibehörde nicht nachgesucht, also auch nicht erteilt. Folglich handelten alle Teilnehmer gegenwärtig. Jetzt würde es sich im wesentlichen um die gleichen Teilnehmer handeln. Da diese bestehen haben, daß sie Gefährlichkeit nicht scheuen, wäre Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten (Verordnungsgebot vom 19. April 1906, Reichsgesetzblatt S. 151, § 7.“

Die „Köln. Ztg.“ meint: Die Begründung dieses Beschlusses scheint uns wenig glücklich zu sein, da dieselben Demonstrationen, die am 6. Februar gefahrlos abgehalten haben, gerade durch ihr Gehalt und Gehalt der Gehalt der Beteiligung bewiesen haben. Der „Vorwärts“ hält sich von diesem Bescheid denn auch keineswegs entmutigt, kündigt vielmehr an, daß man nunmehr auf andere Weise protestieren wolle. Es könne z. B. die Berliner Polizei kaum verhindern, daß sich Hunderttausende von Wahlrechtsfreunden im Treptower Park zu einem friedlichen Spaziergang einfänden, das Verbot sei demnach ein Schlag ins Wasser.

Aus den Kolonien.

Zum südafrikanischen Diamantensteuerverordnungen die „Hamb. Nachr.“ nachfolgendes Telegramm, das einem Abgeordneten aus Liberecht zugegangen ist: Wir erfahren, daß unser Angebot eine Preisreduktion herbeizuführen, daß wegen der Limitierung des Gewinnanteils des Landesfiskus auf 100 Millionen. Wir sind bereit, die Limitierung überpaßfallen zu lassen, und erweitern

das Angebot dahin, den Landesfiskus auch an der Aufhebungsmasse mit 80 v. H. zu beteiligen gegen die Bedingungen des Vertragsentwurfs für die Interessenten.

Staus, G. F. Schmidt.

Der Kolonialverwaltung sind in diesem Angebot wertvolle Richtlinien gegeben für die Forderungen, die sie in einem neuen Vertrag mit der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika aufzustellen hat.

Kleine politische Nachrichten.

Sind neue Beamtenabregelungen geplant?

Aus Magdeburg wird gemeldet: Die Vereinigung von Beamten im öffentlichen und privaten Dienst zu Magdeburg, kurz Beamtenvereiner genannt, sprach kürzlich energisch gegen die preussische Wahlrechtsvorlage aus. Verschiedene Redner protestierten dagegen, daß die Beamtenabregelung der Bürgerliste herausgehoben und mit einem Sonderabzug bestraft werde. Unter den Rednern befanden sich Staatsbeamte, deren Namen durch die Referate der Zeitungen über die Verammlung bekannt wurden. Diese sind nun von ihren verschiedenen Behörden darüber vernommen worden, wer die besten Heftungen getan habe.

Deutscher Handwerker- und Gewerbetag.

In der Düsseldorf Handwerker- und Gewerbetag wurde mitgeteilt, daß der deutsche Handwerker- und Gewerbetag im Jahre 1911 in Düsseldorf abgehalten wird.

Konferenz zur Förderung der Arbeiterinteressen.

In Berlin trat gestern im Arbeiterhaus die zweite deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinteressen zusammen. Das erste Referat hielt Fräulein Helene Simon in Berlin über das Thema „Der Anteil der Frau an der deutschen Industrie nach den Ergebnissen der Berufszählung von 1907“.

Gegen die Verhaftung eines Wahlrechtsbeschwerdes.

wird der Magistrat in Königsberg i. Pr. der „Königsb. Post. Ztg.“ zufolge Klage im Verwaltungsstreitverfahren erhoben.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser folgte gestern vormittag um 12 Uhr einer Einladung des Ministers der öffentlichen Arbeiten zu einem Vortrag und anschließender Frühstückstafel.

Ausland.

Die „Nowoje Wremja“ wiegelt ab.

Den Einbruch, den die Betrachtung der „Nowoje Wremja“ in den russisch-bulgarischen Unterhandlungen in Konstantinopel hervorgerufen haben, sucht das Blatt jetzt durch eifrige Beteuerungen seiner Friedensliebe und seiner Sympathien für die Türkei zu vermindern. Die Nichterfüllung der Versprechungen für die vorläufige Verallgemeinerung der Verhandlungen zu einer fortwährenden Führung unter den beiden Stämmen. In Konstantinopel können die Sachen noch schlimmer, da das neue Regime nur durch unglückliche Leute ihr Haus vor einem Brande zu schützen suchen, der durch den Uneinstand der einen und falsche Beratung der anderen auf dem Balkan vorbereitet ist. Hierin liegt der Grund für die Weisung des bulgarischen Königs nach Petersburg, das jetzt mehr denn je der Mittelpunkt der Friedensbeteuerungen werde.

Kriegesplanen, die von einer gewissen Seite ertönt, billige das Blatt nicht. Rußland sei kein Feind des ottomanischen Reiches, was schon durch den Umstand bewiesen werde, daß der Gedanke eines Balkanbundes unter der Führung der Türkei von Rußland ausgegangen sei. Da diese Verhandlungen in Konstantinopel die jüngsten Ausführungen der „Nowoje Wremja“ über den unaustrachtlichen Verlauf des Abkommens vergleichen machen werden, erscheint wenig zweifelhaft.

Die griechische Nationalversammlung.

„Zwischen der griechischen Regierung und den Parteien ist eine vollkommene Einigung in betreff der Einberufung der Nationalversammlung erzielt worden. Die Wahlen zur Nationalversammlung finden im August, die Einberufung im September statt. Wie der Ministerpräsident Dragumis jagte, erwartete die Regierung, daß von den jetzt in Athen anwesenden 161 Kammer-Deputierten wenigstens 150, also weit mehr als die für die Annahme erforderliche Zahl, für die Einberufungsvorlage stimmen werden, die wahrscheinlich schon heute zur Annahme gelangen wird.“

Die Wahl der Geschäftsführer an der auswärtigen Front ist im letzten Augenblicke geändert worden. Nach Berlin kommt nicht Theodoris jun., sondern Xaphatis, der gegenwärtig der Wiener Gesundheitsamt zugezogen ist. Sein Nachfolger in Wien wird Rastanoglou, jetzt in Washington.

Taft antsmüde.

Aus Washington wird berichtet: William Taft verfügt nicht über die robuste, fast mühelose Widerstandsfähige Natur seines berühmten Vorgängers. Schon jetzt zeigen sich die Folgen der gemäßigten Arbeitstätigkeit, die er entworfen hat sich, als er das Amt des ersten Bürgermeisters von New York übernahm. Zur Reise des ersten Bürgermeisters und Feind und die Atmosphäre von Arbeit und Verantwortung beiseite: Taft aber ist aus anderem Folge gefolgt. Man weiß bereits vor der Wahl, daß er das Amt eines Oberchefs der Vereinigten Staaten des Weißen Hauses vorgezogen hätte. Jetzt mehr als je bezieht die Anzeichen, daß Taft nach Ablauf seiner Präsidentenzeit auf eine Wiederwahl seinen Wert legen wird. Auf seine persönliche Frische hat seine Amtstätigkeit als Präsident sehr ungünstig eingewirkt; der Mann, der damals aufstrebend und strotzend gesund war, sein berühmtes Lächeln auf den Lippen, sein Weiße Haut einzug, sieht heute müde und gedrückt aus und sein berühmtes Lächeln ist verschwunden. Seine Frau kränkelte seit dem Tage, da ihr Mann Präsident wurde, und ihr Weibchen mag Taft bedrücken. Taft selbst leidet er sehr persönliche Schöpfung und mit einer unpaßhaft Kolonialenergie Energie erliegt er alle Pflichten seines Amtes. Aber man hat den Einbruch, daß er dem Tag nicht nachtrauern wird, an dem seine Präsidentenzeit abläuft.

Siegfried Wagners Dank.

Herr Siegfried Wagner war mit der Wiedergabe seiner Oper „Siegfried“ in der hiesigen Stadttheater...

Handwerkammer.

Im großen Sitzungssaal des Rathhauses tagte gestern mittig die Handwerkskammer in einer öffentlichen...

„Gott in Geseh“

von allgemeinem Interesse sein, der folgendermaßen lautet: Am 10. August vorigen Jahres ist vom Bundesrat eine neue...

Die Vollversammlung wollte beschließen: Personen, die in Betrieben, welche der Handwerkskammer nicht unterstehen...

Der Vorstand ist zur Ansicht gekommen, daß das jetzt bestehende Gesetz nicht mehr aufrecht erhalten werden kann.

Die Vollversammlung wollte beschließen: Personen, die in Betrieben, welche der Handwerkskammer nicht unterstehen...

Ländlichen Fortbildungsschulen

Es solle ein Gesetz angesetzt werden, das die Einrichtung von Fortbildungsschulen auf dem Lande fordert...

Eine von der Zentral-Vereinsversammlung der Deutschen Schornsteinfegervereine ermittelte beantragte Forderung der Meisterprüfungsordnung für Schornsteinfeger wurde ohne...

Von besonderem Interesse waren die Verhandlungen über den 9. Punkt: Arbeitsnachweisverband für die Provinz Sachsen.

Ein ausführlicher Bericht hierüber erstattete der Beauftragte, Herr Blume. Er entwarf einen Ueberblick auf die in anderen deutschen Staaten bestehenden Arbeitsnachweis-Einrichtungen.

Der Hausbesitzplan für das laufende Jahr wurde nach längerer Debatte angenommen. Er schließt für das Jahr 1909 ab mit 46 000 Mark Ausgaben...

Zu dem letzten Punkt „Verfahrens“ stellte ein Kammermitglied den Antrag, zur Erlangung eines neuen Meisterbriefes an Stelle des jetzigen vorzulegen, nicht mehr zeitgemäß, wolle die Versammlung 300 Mark für einen Wettbewerb einsehen.

Landwirtschaftl. Bauernverein des Saalkreises.

Nach Erledigung des ersten Punktes bepricht Referent Oekonom Dr. Kabe-Galle die

Ueberbauverhältnisse in den preussischen Staaten. In den letzten Jahren wurden seitens der Landwirtschaftskammer 2 1/2 Millionen Mark zur Förderung des Ueberbaus aufgebracht.

Landwirtschaftl. im Kriegesfälle.

Er bewilligte als Vorlage Material in Budjorff. Im Kriegesfälle würde die Arbeiterfrage einen wichtigen Punkt bei allen landwirtschaftl. Unternehmungen bedeuten.

Nach der Mobilmachung im Jahre 1870 wurde ein harter Rückgang der Preise verzeichnet. Erst nach dem ersten Siegeszuge wurde wieder eine Besserung konstatiert.

Sehr wichtig im Kriegesfälle ist die Frage kann Deutschland die Ernährung seines Volkes allein durchführen?

Bel löslichen Erörterungen entsteht die neue Frage: „Ist Kriegesgefahr nahe?“ In letzter Zeit wurde wiederholt, besonders von England, aus Kriegszwecken vorkommen, doch wurde der 40jährige Friede nicht gelöst.

Warnung. Der Regierungspräsident zu Erfurt erstattete folgende Warnung: In verschiedenen Zeitungen wird unter dem Namen G. A. Mann, Rue de Louvre 48, Paris, in auffälligen, marktschreierischen Inseraten...

Engländer. Gestern nachmittags 1/2 Uhr sprang auf der Hettstedter Bahnstraße eine Lokomotive aus den Schienen.

Verfehrt wurde niemand, der Verfehrt erlitt jedoch eine längere Unterbrechung.

Die Reifeprüfung am Stadtgymnasium fand unter Vorsitz des Herrn Geh. Obergerichtsrats D. Trautmann aus Magdeburg am 2. und 3. März statt.

Gerichtsverhandlungen.

Graf Pfeil vor dem Oberkriegsgericht.

In der Nachmittags-Sitzung, der der Bruder des Angeklagten, Major Graf Pfeil aus Dresden im Aufhauernam beistand, beendete der frühere Kaiserliche Reichsrath Dr. Schönbach die Verhandlung, was Sie ihm bekräftigt haben, dem hiesigen Sie selbst angeben, es könne auch sein, daß sich der Graf damals selbst ersehen wollte.

Falles mit der Kloppfeife

nicht, über den zweiten Fall wolle er nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit Angaben machen. Verhandlung: Sollen wir die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Stillsitzung ausschließen oder aus militärischen Interessen.

Verhandlungsführer: Aber Sie müssen doch sagen, ob es wahr oder un wahr ist. Angekl.: Ich kann nur sagen, daß es nicht wahr ist. Zeugin (erregt): Das ist alles bei Gott wahr.

S. & H. Thoren, den 2. März.

Zur heutigen Sitzung waren die gerichtlichen Schriftführer, Gerichtssekretär Goltz (Thoren) und Direktor Wagner (Werk) erschienen. Sie haben inwischen Schriftvergleichen zwischen der Handchrift des Grafen, der Gräfin und des Defektiv-Gräger angefertigt.

Letzte Nachrichten.

Das Ende der zweiten Lesung der Wahlrechtsvorlage.

H. Berlin, 3. März. Die Beratung der Wahlrechtsvorlage wurde heute nachmittag zu Ende geführt. Es wurden sämtliche Anträge der Liberalen abgelehnt. Angenommen wurden nur zwei Resolutionen auf Sicherung des Wahlgeschwehrens. Die Mehrheit bestand aus den Konservativen und dem Zentrum. Am Dienstag tritt die Kommission zur Feststellung des Berichtes für das Plenum zusammen. Berichterstatter ist der Zentrumsgesandnete Welf.

H. Berlin, 3. März. Die „Freiwillige Zeitung“ schreibt zu den heutigen Beschlüssen der preussischen Wahlrechtskommission: Der Verlauf der 2. Lesung der Wahlrechtsvorlage in der Kommission beweist, daß es eitel gewesen wäre, wenn die Deputierten des schwarz-blauen Blocks, und insbesondere die Zentrumskräfte, gegenüber den berechtigten Kritiken an dem kombinierten Antrage darauf hingewiesen haben, daß es sich ja nur um vorläufige Beschlüsse handele. Es bleibt also dabei, daß die direkte Wahl, das einzige Zugeständnis der Regierung an eine vernünftige Wahlreform, wieder beseitigt und daß die geheime Wahl nur für die Urmahl eingeführt wird, während die Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner nach wie vor öffentlich bleibt.

Vom Zusammenbruch der linksliberalen Parteien.

Berlin, 3. März. (Privattelegramm.) Ueber den Zusammenbruch der linksliberalen Parteien wird nächsten Sonnabend und Sonntag in Berlin die endgültige Entscheidung getroffen werden. Der Parteitag der freiwillingigen Volkspartei findet statt am Sonnabend um 12 Uhr im großen Saale des Zentralhotels. Die Verhandlungen werden sich an Minister der Abg. Dr. Müller, Meinungen und Dr. W. Meier über Programm und Organisation der neuen Partei anknüpfen. Der Parteitag der freiwillingigen Vereinigung wird Sonnabend im „Reichshof“ stattfinden, der gemeinsame Parteitag der vereinigten Parteien Sonntag vormittag 10 Uhr im Wintergarten des Zentralhotels. Die Mitglieder des Vereinstages werden über die Einigungsfrage und über die politische Lage referieren und Vertreter der einzelnen Unbestimmte Erklärungen über die Stellungnahme der Parteiorganisationen abgeben. Den Schluß der Verhandlungen bildet ein Festmahl in der Wandelhalle des Reichstagesgebäudes Sonntag nachmittag 4 Uhr, an dem die Delegierten von allen Seiten sowie Vertreter der Parteipresse und eine große Anzahl Gäste teilnehmen.

Verhängnisvolles Duell.

H. Göttingen, 3. März. Bei einem Eibeknall wurde einem hiesigen Studenten das eine Auge so schwer verletzt, daß ihm dasselbe in der Klinik ausgenommen werden mußte.

Wer ist's?

H. Kattowitz, 3. März. Im Walde bei Emanuelstagen wurde ein 60jähriger, elegant gekleideter Mann tot aufgefunden, dessen Identität noch nicht festgestellt werden konnte. Es ist nicht klar, ob Verbrechen oder Selbstmord vorliegt.

Frankreich und Unay Hasid. — Die Arbeiter-Aktversicherungsvorlage.

H. Paris, 3. März. Der Minister des Innern hat dem heutigen Ministerrat mitgeteilt, daß das vom Sultan von Marokko unterzeichnete Abkommen Frankreichs volle Genugung gebe und daß alle Maßregeln und Verfügungen auszuführen. — Nach den Beschlüssen des Ministerrats wird die Regierung den Senat ersuchen, die Arbeiter-Aktversicherungsvorlage zu erörtern, während die Finanzkommission des Senats das Budget vorbereitet.

Rußland und der Dalai Lama.

W. Petersburg, 3. März. Wie von zuverlässiger Seite verlautet, soll der Dalai Lama a bereits vor seinem letzten Besuche in Peking Schritte unternommen haben, um Rußland zum Eingreifen in die Tibetfrage zu bewegen. Demnach habe die russische Regierung keine Anstalten zu unterlassen können, wie sie gerne gemacht hätte. Auch jetzt habe Rußland sich auf mehr platonische Versicherungen beschränkt und es England überlassen müssen, dem Dalai Lama energischer Unterstützung gegen China zuzuwenden zu lassen. Man wird nicht fehlgehen, wenn man diese Haltung der Petersburger Regierung mit der Lage im fernsten Osten in Zusammenhang bringt.

Unterhaltungsblatt.

Frau Leutnant. Erzählung von Heinrich Lee (Fortf.) — Ein guter Ehemann. Humoreske von Max Dürr. — Gedächtnis und Prosa. — Kunst und Wissenschaft. — Theater und Musik.

Leitung: Wilhelm in Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinmann; für Ausland, Letzte Nachrichten und Sport: Erich Poldow; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Juvenilerstil: Friedrich Endrulat; Druck u. Verlag von Otto Henkel. — Alle Nummern umhüllt 8 Seiten. — Schlußheft Unterhaltungsblatt.

3. Febr. 2. März. (Neue Esterbrücke.) Gestern fand bei Bahnhof Hagnsbau ein Lokaltreffen wegen des Baues der neuen Esterbrücke statt, an dem eine Regierungskommission aus Werkbund mit dem Regierungspräsidenten an der Spitze teilnahm. Die Kommission sprach sich für den Bau der Brücke zwischen der Reumühle und dem Bahnhof Hagnsbau, etwa 100 Meter oberhalb des Wälderhagen Restaurants aus.

× Barnefeld, 28. Febr. (40-jähriges Stiftungsfest.) Hier wurde heute das vierzigjährige Stiftungsfest des heiligen Kreuzvereins unter großer Beteiligung gefeiert. Vom Landrat v. Hildorf wurde bei der Feier das vom Kaiser verliehene Fahnenband übergeben. Zugegen waren u. a. von Auswärtigen der Vorstand des Kreislergeregiments, welcher den Fahnenmangel besenkte.

× Grünhainichen, 28. Febr. (Den Tod zum Gärtner gemacht) hat ein hiesiger Hofgärtner. Als er abends nach Hause kam, bemerkte er, wie auf seinem Hofgärtnerplatz Holz gehauen wurde. Er ging dem Schalle nach und sah nur zu seinem nicht geringen Erstaunen, wie sein eigener Nachtwächter sich in aller Seelenruhe das nötige Kleingeld holte. Die am anderen Tage vorgenommene Hausdurchsuchung brachte derartig belastendes Material zutage, daß die sofortige Entlassung des unehrlichen Wächters erfolgte.

× Großheide, 1. März. (Diphtheritis.) Unter den heiligen Schulkindern und noch nicht schulpflichtigen Kindern herrschen seit etwa 4 Wochen Keuch-, Scharlach- und Diphtheritis. Glücklicherweise ist erst in einem Falle Scharlach tödlich verlaufen. In der Unterstufe fehlen zurzeit ca. 30 Kinder, was die Hälfte der Klasse bedeutet.

× Queblitzburg, 28. Febr. (Der Senior unlerer heimischen Ärzte.) Chefsamer Sanitätsrat Dr. Pfelefeld, vollendete sein 70tes Lebensjahr. Trotz seines hohen Alters geht er in Frische und Kraft seinen schweren Beruf nach.

× Halberstadt, 28. Febr. (Gegen die Erhöhung der Schlachthausgebühren.) Die vom Magistrat beabsichtigte Erhöhung der Fleischpreise hat die durch dieses Vorhaben der lästigen Heerde nötig übertragene Kosten im veranschaulicht. Die Sitzung des Magistrats am Sonntag, an der die Stadtvorbereitungsvorstellung zu stehenden längeren Schreien diese um die Mäßigung des Magistratsantrages zu erziehen. Die Gebühren für Schweine sollen um 35 Pf., die für Großvieh um 75 Pfennig erhöht werden.

× Hasserath, 2. März. (Befreiung von Prüfungen.) Heute fand am heiligen Lehrerseminar die unter dem Vorsitz des Geheimen Regierungsrates und Provinzialschulrats Friele-Magdeburg abgehaltene Lehrereinprüfung ihren Abschluß, zu der sich 24 Bewerberinnen gemeldet hatten. Sämtliche Prüflinge bestanden, und zwar 29 für höhere Mädchenschulen und 5 für Volksschulen.

× Schönebeck, 28. Febr. (Geheißjubiläum.) Die Firma J. G. Dümmling begeht am 2. März die Feier ihres 70jährigen Bestehens. Inhaber der Firma ist der zweite Bürgermeister, Kommerzienrat Wilhelm Dümmling.

× Helmstedt, 2. März. (Brand im Kohlenhau.) Auf dem Südschiff der Grube „Brig Wilhelm“ geriet gestern im Förderflachen hinter dem Mauerwerk die Kohle in Brand, so daß die Mauren einstürzen und der ganze Schacht sich mit Qualm anfüllte. Die im Schacht befindliche Belegschaft von ca. 20 Bergleuten geriet in ernste Lebensgefahr. Die Bergleute wurden mittels Automobils in ihre Wohnungen geschafft, da sie sehr angegriffen waren.

× Braunschweig, 2. März. (Abgehürzt) sind zwei auf der Räumung Mülle mit Ansehensarbeiten beschäftigte Maurer infolge eines noch nicht aufgeklärten Gerüstbruchs. Die beiden Arbeiter stürzten aus der Höhe des vierten Stockes herab, der eine starb bald nach seiner Enttiefung in das Kranenhaus, während der andere zum Glück auf einen Sandhaufen fiel und mit geringen Verletzungen davonkam.

(?) Heringen, 3. März. (Leichenfund.) Gestern nachmittag 5½ Uhr ist von dem auf der hiesigen Domäne beschäftigten Verwalter im Hübsch der Jolge eine Leiche in Briefträgeruniform gefunden worden. Die Leiche lag blickt am Ufer auf dem Rücken. Sie konnte indes nicht geborgen werden, da sie vom Wasser fortgerissen wurde. Wahrscheinlich handelt es sich um den vor einigen Wochen in Nordhagen verschwundenen Briefträger, der Enttiefungen begangen hatte.

× Salzwedel, 2. März. (Sein 50-jähriges Dienstjubiläum) konnte am heutigen Tage der Stadthauptmannsenant A. Schulz begehen. Nachdem dem Jubilar bereits vor einigen Zeit der Kronenorden 4. Klasse verliehen worden war, wurde er heute durch überaus zahlreiche Glückwünsche, Geschenke und sonstige Kameradenleistungen erfreut.

(-) 3. Febr. 2. März. (Das allerletzte Lebenszeichen — Der Korrigende.) Korrigend Demsterg entfernte sich bei der Dörrberg Straße wohlbekannte Kreisratsherrmeister Sch. plötzlich von hier. Ein letztes Lebenszeichen ließ er seinen Angehörigen von Magdeburg zumuten des Inhalts, daß er nicht wieder zurückkehren werde, ein allerletzte Lebenszeichen wurde hier festgenommen, nachdem er in einer hiesigen Schankwirtschaft auf nächsten verstorben ist. Er verließ mit falschen Papieren. Hier erlitt ihm kein Schlaf, er wurde bereits in das Arbeitshaus zurückgebracht.

× Cöthen, 2. März. (Wegen Verdachts des Verbrechens gegen die Konfessionsordnung) wurde der Kaufmann Berman 5. von hier verhaftet und in das hiesige Gerichtshaus eingeliefert.

× Aahla, 2. März. (Unsinntige Wette.) Der 40-jährige Porzellanmalter Otto Engemann wettete in einem Lokale mit einigen Gästen, daß er die angeschwollene Milchstraße durchwaten würde. Der Mann ging auch auf die Ausführung seiner Wette, wurde aber von den stehenden Gästen fortgerissen und ist ertrunken. Engemann hinterläßt eine zahlreiche Familie.

Briefkasten.

(Beber Anfrage ist die Abonnementszahlung bezulegen.)

H. K. Die Handlungsweise Ihres Schwiegersohns ist gewiß nicht zu billigen, aber es gibt kein Mittel, ihn zu zwingen, sich finanziell ebenso auszukleiden wie Ihren Schwager. Auch das ist nicht kränker, daß er noch einem Streit in der Familie Ihre Frau mit sich nahm. Ihre Frau hätte nach 4 Tagen zu Ihnen freimüßig zurück, da müssen Sie sie wieder aufnehmen. Wenn Sie sich scheiden lassen wollen, so läßt sich das ebenfalls im langwierigen Prozeß durchsetzen; aber der Richter stellt im langwierigen Prozeß die Rechte Ihrer Frau und Sie müssen hernach jahrelang die Kindererziehung stellen in diesem Fall keine erhebliche Rolle. Schön ist es von Ihrer Frau allerdings nicht, daß sie in einer Frage, wo Ihr Schwiegersohn offenbar unrecht handelt, sich auf seine Seite stellt.

Habe gehabt. Als sie, die Zeugin, davon sprach, habe die Gräfin gesagt.

das sein Meidenliche.

Berl. Haben Sie das gelesen? Zeugin: Nein, von Meidenlichen kommen nicht solche Reden. Die Zeugin erzählt weiter, der Graf habe sie einmal mit dem kleinen Eisenstängel auf eine Chaussee geföhrt, er werde auch dort hin kommen. Auf die Frage, wie sie die Einladung aufgefaßt habe, erwidert die Zeugin: Damals fühlte ich nichts, später habe ich gewußt, was er wollte. — Verhandlung: Was wollte er denn? Zeugin: Nichts Bedies. Die Zeugin ist aus Bogemann gebürtig und weiß, daß der Graf dort unter dem Namen „der Graf von Habenicht“ bekannt war. Der Graf lie noch in anderen Fällen auffällig liebenswürdig gewesen. Nach Tisch plauderte er mit ihr und habe zu ihr gesagt, sie könne jetzt nach Hause bei ihm bleiben, sie solle mit nach Schlesien kommen. Ihr Vater sei damit aber nicht einverstanden gewesen, daher unterblieb die Sache. Die nächste Zeugin Frau Scheffle war Köchin beim Grafen. Auf die Frage, weshalb sie den Dienst verließ, antwortet sie: Ich bin eigentlich auch ausgerückt. (Seierheit.) Verhandlung: Weshalb? Zeugin: Die Frau Gräfin wollte mich gern in ihren Diensten haben. Der Vorstehende stellt fest, daß der Angeklagte jede Zeugin eine Anzeige wegen Meineides bei der Staatsanwaltschaft eingereicht habe. Sie hätte vor ihrem Fortlaufen in Tauer einen Volkseinkommen gefragt, ob sie ausziehen und zu Gräfin gehen dürfe. Darauf habe der Polizeikommissar erwidert: Ja, gehen Sie nur, sonst kommt der Graf noch mit der Meideitische. Der Polizeikommissar tritt diese Versicherung ab und daraufhin hat der Angeklagte die Zeugin des Meineides beschworen. Die Zeugin erklärt heute: So wahr ich hier stehe, er hat es gesagt. Das Verbrechen gegen die Zeugin ist schließlich eingestuft worden. Im einzelnen bekundet sie dieselben Vorgänge, wie die vorhergegangenen Zeugen. Sie weiß, daß die Gräfin geprüft wurde und daß der Graf, nachdem die Gräfin fort war, eingehend mit dem Angeklagten sprach. Zu ihr habe der Graf gesagt, er habe die Gräfin viel zu wenig gekannt, sie sei ja verkehrt, sie werde nie einen so guten Mann bekommen, wie ihn. Sie, die Zeugin, wisse ja auch, daß die Gräfin ihn und die Kinder schlecht behandelt habe. Die Zeugin schließt: Es war Schuldgefühle in Tauer, daß der Graf nicht mehr und genötigt war. Was der Burche Jenen sagte, das war immer richtig, die anderen Meidenlichen müssen sich hüten, der Graf stand völlig unter seinem Einfluß.

Diebstahl der Examensarbeiten.

Cnefen, 3. März. Die Strafkammer hat die drei G. n. a. f. a. t. n., die die Aufgaben für die Abiturientenprüfung dem Direktor durch Einbruch entwendet hatten, wegen Hausfriedensbruchs und Entwendung von Formularen und Prüfungsarbeiten zu je zwei Wochen Gefängnis.

Beurteilung eines Totschlägers.

Lorgau, 2. März. Das hiesige Schwurgericht verurteilte den Wäldersmann Schröder, der im Dezember v. J. in Wittenberg die Prostituierte Gäßler erschossen hatte, wegen Totschlags zu 5 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.

Provinzial-Nachrichten.

Der Nebel.

Mansfeld, 3. März. Heute morgen zwischen 8 und 9 Uhr hind zwischen Kloster Mansfeld und Schloß Mansfeld zwei Wagen der elektrischen Kleinbahn infolge des dichten Nebels zusammengefahren.

Ein Wagenführer wurde schwer, ein anderer und drei Fahrgäste leichter verletzt. Der Sachschaden ist erheblich.

Selbstmord auf den Schienen.

? Schönebeck, 3. März. Als gestern abend der fahrplanmäßige Schnellzug nach Leipzig, als Schönebeck um 6,25 Uhr, in der Nähe des Wolfesbühnen durchfuhr, kletterte der 16-jährige Arbeiter Willi Schumann von über über das Bahndamm absteigende Geleise, warf sich vor den dahinfliehenden Zug und ließ sich überfahren. Der Lokomotivführer hatte den Vorfall bemerkt und, nachdem der Zug zum Halten gekommen, holte man die Leiche Schumanns, der sofort tot war, unter dem vorletzten Wagen hervor. Der Schädel war vollständig gespalten, der Körper zerstückelt und entstellte. Unter seinen Papieren fand man das Arbeitsbuch und konnte die Persönlichkeit feststellen. Der Zug erlitt einen Aufenthalt von einigen Minuten. Nachhalm kam von Zelebeben und hatte Arbeit gesucht; jedenfalls hat Arbeitslosigkeit ihn zum Selbstmord getrieben.

Opfer der Großflut.

Beipzig, 1. März. Im Monat Februar 1910 sind im Stadtgebiete 12 Selbstmorde, 12 Selbstmordversuche und 8 Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen gewesen. Von denjenigen, die freiwillig aus dem Leben schieden — 9 männliche und 3 weibliche Personen — haben sich 5 erhängt, 3 ertränkt, 3 erschossen, eine durch Herabstürzen getötet, 4 Personen verurtheilt sich zu erschießen, 2 sich zu ertränken, eine sich zu erhängen, eine sich durch Herabstürzen, eine sich durch Aufschneiden der Pulsader zu töten.

Ein Anabe brach auf dem Eise ein und ertrank, ein Fensterputzer stürzte bei Ausführung seines Berufes zwei Etagen hoch ab und ein Anabe fiel aus einem Fenster in den Hof, 2 zweijährige Kinder fanden den Tod durch Verberülen mit kochendem Wasser, ein Wirthschafter und ein Lithograph stießen beim Tabakrauchen mit Strohbohnen zusammen und erlitten den herbeil erklritten Verletzungen, ein Oberpostkretär wurde beim Ueberfahren der Fahrbahn von einer Kraftdroschke umgerissen und hierbei tödlich verletzt.

Der diesjährige Thüringer Städtetag.

findet im Juni in Gangerhausen statt. Auf demselben wird u. a. das Thema: „Ueber die Friedhofsunst in kleinen Städten“ behandelt werden.

(1) Dürrenberg, 2. März. (Elektrisches Bad.) Unserem Badeorte fehlt dem Betrachter nach eine bemerkenswerte Verbesserung bevor. Um ost ausgeprochenem Bedürfnis zu genügen und unter Bad durch Befriedigung aller modernen bewährten Einrichtungen hinsichtlich der Höhe der Leistungsfähigkeit zu halten, hat die Königliche Badeverwaltung beschlossen, ein elektrisches Bad einzurichten. Die Kosten werden sich auf ungefähr 2200 Mark belaufen.

× Gadschitzberg, 2. März. (Totgebrückt.) Auf dem hiesigen Bahnhofs verunglückte der Pfälzerhändler Franz Banisch aus Reisdorf, indem er zwischen die Räder zweier Wagen kam und zu Tode gequethet wurde.

